GLOBAL 19.03.2020 | Christos Katsioulis & Raoul Gebert

Falsche Coolness

Das Zaudern und Zögern der angelsächsischen Regierungschefs ist in der Krise brandgefährlich. Wir berichten aus Großbritannien und Kanada.

Großbritannien

Als Nachrichten noch Nachrichten waren und einen nicht an einen Katastrophenfilm aus den Achtzigern erinnerten, gab es noch den Brexit. Beinahe nostalgisch blickt man zurück und findet darin aber einen Hinweis darauf, warum Großbritannien im Umgang mit Corona anders vorgegangen ist, als der Rest Europas (oder auch der Welt). David Frost, der Brexit-Chefunterhändler von Boris Johnson, hat vor einem Monat eine Rede in Brüssel gehalten, bei der er unter anderem auch folgendes äußerte: *„Ich denke, wenn wir nach vorne schauen, werden wir gegenüber der EU einen großen Vorteil haben – die Fähigkeit, Regelungen für neue Sektoren, neue Ideen und neue Bedingungen festzulegen – schneller als die EU es kann und auf der Grundlage einer soliden Wissenschaft, die keine Angst vor der Zukunft hat.“*

Wendet man das auf die aktuelle Lage an, und man kann die Coronakrise sicherlich unter „neue Bedingungen“ subsummieren, dann dürfte David Frost zufolge die EU aktuell von Angst getrieben sein, während das Vereinigte Königreich schneller und auf der Grundlage solider Wissenschaft agiert. Denn als schon in ganz Europa die Schulen geschlossen wurden, wurden in Großbritannien lediglich Menschen mit akuten Symptomen gebeten, sich für sieben Tage zu isolieren. Mit Grabesstimme warnte der Premierminister, dass viele Familien ihre Lieben verlieren würden. Konkrete Schritte zur Vermeidung dessen wurden nicht unternommen.

Mit Grabesstimme warnte der Premierminister, dass viele Familien ihre Lieben verlieren würden.

Die wissenschaftlichen Berater der Regierung, unterstützt von der behavioural science unit in Downing Street no. 10, glaubten, zu drastische Maßnahmen seien nicht durchzuhalten und sollten daher möglichst lange verzögert werden.

Konkrete Schritte zur Vermeidung dessen wurden nicht unternommen.

Sie gingen davon aus, dass Corona ohnehin nicht aufzuhalten und es daher sinnvoller sei, wenn sich ein Teil der Bevölkerung anstecke und danach immunisiert sei. So könne „Herdenimmunität“ geschaffen werden und Großbritannien vermeide eine zweite Ansteckungswelle im Herbst. Diese sei – so klang es implizit durch – in anderen europäischen Ländern zu erwarten.

Durchdacht ergab dieses Vorgehen zwei mögliche Szenarien. Im ersten schafft es die Regierung in diesem sozialen Experiment der Verhaltenspsychologie, die Ansteckungen in den Risikogruppen unterhalb der Kapazitätsschwelle des Nationalen Gesundheitssystems (NHS) zu halten. Zwar stecken sich viele Bürgerinnen und Bürger an, die meisten davon überstehen die Krankheit jedoch und sind danach immun gegen Covid-19. Zweifel an dieser Strategie bestanden von Beginn an, zahlreiche Wissenschaftler, die WHO, aber auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem NHS warfen Johnson vor, eine verrückte, fehlgeleitete und potentiell katastrophale Linie zu verfolgen.

Im zweiten Szenario behalten die Kritiker Recht und die Regierung beschwört eine ähnlich schwierige Situation wie in der Lombardei herauf. Aber auch das könnte im Sinne einiger Berater der Regierung sein, die mit einer verjüngten Bevölkerung nach der Covid-19-Welle einen Reset des Wohlfahrtsstaates und des Rentensystems beginnen könnte. Das klingt ausgesprochen zynisch und sozialdarwinistisch, es gibt aber bereits Stimmen, die solche Gedanken artikulieren. Der Wirtschaftsjournalist Jeremy Warner vom Telegraph (das Blatt, das dem Premierminister jahrelang 275 000 Pfund für eine wöchentliche Kolumne bezahlte), drückt es recht britisch aus: *„Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, könnte sich das Covid-19 aus einer völlig desinteressierten wirtschaftlichen Perspektive langfristig sogar als leicht vorteilhaft erweisen, indem es unverhältnismäßig viele ältere Angehörige aus dem System stößt.”*

Auch wenn Johnson wie ein billiger Churchill-Imitator verkündet, dass sich das Land im Kriegsmodus befinde, bleibt ein Teil der Bevölkerung ungeschützt.

Aber vielleicht steckte weder eine mathematisch-wissenschaftlich geleitete Strategie noch sozialdarwinistischer Zynismus dahinter, möglicherweise zeigen sich selbst beim Umgang mit einer Pandemie die Grundzüge des Brexits. Denn inzwischen hat Johnson eine Vollbremsung inklusive Kehrtwende eingeleitet. Die Schulen sollen am 20. März geschlossen werden und London bereitet sich auf einen Lockdown vor, weil sich das Virus offenbar in

> Windeseile in der Millionenstadt ausbreitet. Offenbar aber war der erste Impuls von Boris Johnson, dass es einen spezifisch britischen Weg geben müsse, der erfolgreicher, besser und schneller ist, als die Versuche der Eindämmung auf dem Kontinent. Der unbedingte Wille der Abgrenzung von Staaten wie Dänemark, Deutschland und Frankreich führte also dazu, dass das Land mit lediglich 6,6 Intensivstationbetten pro 100 000 Einwohner (Italien hat über zwölf, Deutschland 29) den Betrieb der Wirtschaft möglichst lange aufrechtzuerhalten versuchte.

Auch Hilfen für die Wirtschaft kamen eher zögerlich und spät. Eine Woche nach Deutschland und Frankreich wurden Maßnahmen sozialer Distanzierung empfohlen, ein massives Unterstützungspaket von 350 Milliarden Pfund verkündet, die Schulen aber noch nicht geschlossen. Viele Menschen verhielten sich daher noch, als wäre all dies nur ein Spuk. Und auch wenn Johnson wie ein billiger Churchill-Imitator verkündet, dass sich das Land im Kriegsmodus befinde, bleibt ein Teil der Bevölkerung ungeschützt. Denn die Regierung erlaubt zwar das Aussetzen von Hypothekenraten, Mieten müssen aber weiterbezahlt werden. Krankengeld wird ausnahmsweise schon ab dem ersten Tag bezahlt, die Millionen von Scheinselbständigen und Menschen in so genannten Zero-Hour-Contracts (Arbeitsverträge ohne klar geregelte bzw. mit flexibler Wochenarbeitszeit) haben darauf aber keinen Anspruch. Gleichzeitig wurde den Menschen lediglich empfohlen, Pubs, Restaurants und Cafés zu meiden. Damit stehen viele der Kleinunternehmen trotz der Unterstützung der Regierung kurz vor der Pleite. Fein raus sind dagegen die Versicherungsunternehmen, die lediglich im Falle einer angeordneten Schließung einspringen müssten. Bei allem Pathos, das der Premierminister inzwischen in seine Statements einflicht, die tiefe Ungleichheit der britischen Gesellschaft wird durch Corona noch vertieft. Aber vielleicht ist das die neue (alte) schnelle britische Herangehensweise nach dem Brexit: Wer reich ist, dem werde gegeben, wer arm ist, der sorge für sich selbst. Und übrigens, bevor ich es vergesse: der Brexit soll stattfinden, wie geplant zum 31.12.2020 – versprochen ist versprochen.

Christos Katsioulis, FES London

Kanada

Die Epidemie ist in Kanada noch in den Anfangsstadien, aber es sind trotzdem bereits Fälle in allen größeren Bevölkerungszentren und Provinzen aufgetreten. Am Abend des 17.3. hat die Regierung eine Gesamtzahl von 569 bestätigten Fällen bekannt gegeben. Acht Menschen sind bis jetzt an dem Virus gestorben. Sechs davon stammen aus demselben Pflegeheim in der Nähe von Vancouver, die beiden anderen Todesopfer waren ebenfalls weit über siebzig Jahre alt. Das Gesundheitssystem in Kanada ist modern und gut organisiert, und Kanadier sind generell staatlich krankenversichert. Damit ist der Großteil der Bevölkerung eigentlich gegen eine Epidemie des jetzigen Ausmaßes gut gewappnet.

Nachdem die Regierung Trudeau Grenzschließungen zunächst vermieden hatte, haben sich die Entscheidungsträger nun doch dem enormen Druck in den Medien und aus den USA gebeugt und die kanadischen Grenzen am Mittwoch für Nicht-Einwohner des Landes geschlossen.

Zwangsmaßnahmen wie Quarantäne und Ausgangssperren sind in dem sehr liberal eingestellten Land nicht angedacht, aber es wird eine freiwillige Distanzierung von 14 Tagen empfohlen. Viele Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Freizeit- und Sportanlagen, Bars und Discos sind geschlossen. Konzerte und Kongresse sind abgesagt. Auch die kanadische Eishockeysaison ist unterbrochen. Restaurants und Geschäfte können unter gewissen Auflagen geöffnet bleiben.

Zwangsmaßnahmen wie Quarantäne und Ausgangssperren sind in dem sehr liberal eingestellten Land nicht angedacht.

Die Regierungen haben erste Rettungspakete in Milliardenhöhe für Unternehmen und Selbstständige auf den Weg gebracht. Die kanadische Zentralbank hat ihren Leitzins schon in der vergangenen Woche auf 0,75 Prozent gesenkt. Es bleibt also wenig weiterer Spielraum, um die Wirtschaft nach der Krise wieder anzukurbeln. Der kanadische Dollar ist gegenüber dem US-Dollar um über 10 Prozent eingebrochen. Der Leitindex TSX an der Börse in Toronto hat seit dem Februar bis zu 30 Prozent eingebüßt.

Die Zustimmungswerte der Provinzregierungen, die die stärksten Maßnahmen ergriffen haben, sind in die Höhe geschnellt, während die Bundesregierung unter Justin Trudeau für ihre späte Grenzschließung sehr in der Kritik steht. Die freiwillige Distanzierung wird von der

kanadischen Bevölkerung sehr gut aufgenommen, während sich die Begeisterung für Zwangsmaßnahmen in Grenzen hält.

Schwierig bleibt es für Eltern, die nicht von zuhause aus arbeiten können, da Kitas und Schulen geschlossen sind und universelles Krankengeld der staatlichen Krankenversicherung schlichtweg nicht existiert. Die Betroffenen müssten also Anträge auf Arbeitslosengeld stellen, welche Selbstisolierung als „Kündigungsgrund“ allerdings nicht vorsehen. Kurzarbeit existiert in Kanada so gut wie gar nicht.

Die wirtschaftlichen Folgen sind enorm. Der eingebrochene Ölpreis verschärft die seit 2015 anhaltende Krise in den Ressourcen-Provinzen des kanadischen Westens noch einmal. Da die kanadische Arbeitslosenversicherung nur etwa 40 Prozent der einzahlenden Angestellten mit Ersatzleistungen versieht (60 Prozent erfüllen die notwendigen Kriterien nicht, sie arbeiten beispielsweise zu wenige Stunden im Jahr) und Selbstständige komplett ausschließt, ist die Frage der Einkommensverluste durch die Epidemie ganz besonders brisant. Der sehr liberale kanadische Arbeitsmarkt, der 2018 und 2019 gerade erst wieder Fahrt aufgenommen hatte, wird also über längere Zeit mit den Auswirkungen dieser Krise zu kämpfen haben. Auch die Pensionsfonds, die weitestgehend privatisiert und damit von den globalen Finanzmärkten abhängig sind, werden eine Weile benötigen, um sich zu stabilisieren.

Raoul Gebert für FES Kanada



Christos Katsioulis
Berlin

Christos Katsioulis leitet das Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Zuvor leitete er das Regionalbüro für Frieden und Zusammenarbeit in Europa in Wien sowie die Büros der FES in London, Athen und Brüssel.



Raoul Gebert
Montreal

Raoul Gebert ist *Research Fellow* beim in Montreal ansässigen *Interuniversity Research Centre for Globalization and Work* (CRIMT) und seit über zehn Jahren bei den kanadischen Sozialdemokraten (NDP) auf zahlreichen Ebenen tätig.